



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spä/III/122

Hannover, den 5. Oktober 1948

Die sozialistische Planung des Wohnungsbaues

Von Erich Klabunde

Die Erörterungen über den künftigen Wohnungsbau bewegten sich bislang völlig im Theoretischen. Sie sind durch den Beschluss des sozialdemokratischen Parteitagés in Düsseldorf ein entscheidendes Stück vorgekommen, denn dieser Beschluss legt für ein so grosses politisches Gebilde wie die SPD in ganz Deutschland ausserhalb der Ostzone einheitlich fest, nach welchen Grundsätzen in den Ländern und Gemeinden "Wohnungsbau und seine Finanzierung inden Mittelpunkt der öffentlichen Aufgaben" zu rücken sind. Der Aufruf unterscheidet sich von derartigen Verlautbarungen dadurch, dass er nicht die üblichen allgemeinen Grundsätze verkündet, sondern präzise aussagt, wie unter den heutigen Umständen eine sozialistische Wohnungspolitik verwirklicht werden kann. Er ist so formuliert, dass Fachleute wie Laien wissen, welche Massnahmen ergriffen werden sollen, wie sie durchgeführt werden sollen und vor allem auch wie das Geld zu beschaffen ist, das die notwendige Voraussetzung des Wohnungsbaues bildet.

Hinsichtlich der Gebäudegrössen und Eigentumsformen will der Aufruf alle Möglichkeiten nach den örtlichen Gegebenheiten gefördert sehen. Unter den Eigentumsformen wird als erste das Eigenheim genannt, denn es ist für den Mieter die vorteilhafteste und billigste Art der Wohnung. Er verwaltet sie selbst, er nimmt viele Reparaturen selber vor, und er geht mit seinem Eigentum erfahrungsgemäss sorgfältiger um als ein Mieter mit einer ihm nicht gehörenden Wohnung. An zweiter Stelle steht der gemeinnützige Wohnungsbau gemäss seiner sozialen Zielsetzung. Aber auch der private Miethausbau wird nicht ausgeschlossen. Ihn wird allerdings auferlegt, dass er seine Miete nach gemeinnützigen Grundsätzen zu kalkulieren hat. Diese Methode schliesst aus, dass man in der Wohnungswirtschaft noch Gewinne früheren Stiles erzielt, denn auch der Private muss sich mit der bescheidenen Kalkulation der Gemeinnützigern begnügen. Er darf vor allem nicht die Möglichkeiten der Mietsteigerung ausnutzen, die ihm der Markt bietet, ohne dass seine Kostenlage ihn dazu zwingt. Damit würde der Kapitalismus in der Wohnungswirtschaft sein charakteristisches Merkmal verlieren, das kapitalistische Eigentum würde nicht mehr kapitalistisch gebraucht, aber es behält alle Rechte, die ihm betriebswirtschaftlich zustehen.

Die künftige Neubaumiete soll ohne Veränderung des jetzigen örtlichen Niveaus für Neubaumieten festgesetzt werden. Die Konsequenzen dieser Forderung reichen weit. Sie sichern von der Miete her die sonst so viel bedrohte und erschütterte Lohnstabilität. Sie büden andererseits den Ländern und Gemeinden ausserordentliche Pflichten auf, denn diese sollen die öffentlichen Beihilfen aufbringen, soweit die Miete die Herstellungskosten nicht zu decken vermag. Wohnungspolitisch wird also nicht die Rückkehr zu einer freien Marktwirtschaft gefordert, sondern die Beibehaltung eines mittleren Zustandes. Das private Eigentum will man nicht ausschalten, aber man will es so funktionieren lassen, dass seine früheren Mängel nicht mehr in Erscheinung treten: willkürliche Mieterhöhungen, Gewinnwirtschaft ohne Rücksicht auf die Erhaltung des Wohnhauses oder Überbelastung mit Hypotheken für wohnungsfremde Zwecke. Stattdessen wird mit der Kalkulation nach dem Muster des gemeinnützigen Wohnungswesens auch deren Praxis vorgeschrieben, die beide notwendig zusammen gehören.

Die öffentliche Beihilfe würde unerträglich gross, wenn die jetzigen Baupreise bestehen blieben. Um die Beihilfe zu vermeiden, fordert man die planmässige Senkung von Baustoffpreisen, Baupreisen und Zinsen. Gerade die Baustoffpreise sind heute die grosse Sorge der Bauwirtschaft. Denn die grosse Leistungssteigerung der Arbeiter in der Baustoffindustrie seit der Währungsreform ist tatsächlich in den Preisen noch nicht in Erscheinung getreten. Für die Baupreise liegen günstige Voraussetzungen der Preisenkung vor. Die Bauarbeiter haben ihre Arbeitsleistungen wieder von 80% auf 100% des Friedensstandes gesteigert. Im Akkord werden teilweise sogar 150% erreicht. Die Bauunternehmer können daher mit einer ganz anderen Ausnutzung ihrer technischen Einrichtungen und einer entsprechenden Verringerung der Betriebsverwaltungskosten rechnen als bisher.

Der Druck auf die Baupreise war bis Mitte Juli erfolgreich. Seitdem ist eine Wende eingetreten, die planmässig bekämpft werden muss. Das an dieser Stelle notwendigerweise kurz gehaltene Programm nennt den Weg nicht. Es gibt nur einen einzigen, der zum Ziel führen kann, nämlich die Zusammenfassung aller öffentlichen Auftraggeber, also der Länder, Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Wasserstrassenverwaltung und des öffentlich geförderten Wohnungsbaues, die gegenüber der kartellartigen Preisbildung der Bauwirtschaft die Baupreispolitik des öffentlichen Gewissens zu setzen haben.

Die Bodenpreise will man im Rahmen der Mietpreispolitik steuern. Man will im Rahmen der Mietkalkulation nur einen solchen Bodenpreis anerkennen, den man in Hinsicht auf eine tragbare Miete vertreten kann. Es würde dann keine Rolle spielen, ob der Eigentümer zehn oder zwanzig Mark für einen Quadratmeter gezahlt hat. Wenn in der Miete nur vier Mark tragbar sind, bleibt der überschliessende Betrag des Bodenwertes ohne Rente. Damit wird das Bodenpreisproblem, das Jahrzehnte alt ist, auf eine einfache Art praktisch gelöst. - Mit der Durchführung dieses Programms lassen sich in der Wohnungswirtschaft Fortschritte erreichen, die seit mehr als einem halben Jahrhundert nur debattiert werden konnten.

Die grossen Verkehrslinien der UdSSR

sp. Das alte russische Sprichwort: "Der Himmel ist hoch und der Zar ist weit!" kennzeichnet wohl am besten die ganze Problematik des Verkehrs in einem Raum, der eine Grösse von über 21 Mill. qkm hat und in dessen östlichen Teil die Sonne untergeht, wenn über dem westlichen bereits die Strahlen der Morgensonne spielen. Für den stark zentralisierten Sowjetstaat sind daher die Verbindungen von ganz entscheidender Bedeutung, und die Sowjets haben alles getan, um sie in jeder Weise zu vervollkommen.

Um bei der Betrachtung der modernen Verkehrsmittel mit dem älteren, der Eisenbahn zu beginnen, sei darauf hingewiesen, dass die Ost-West-Verbindung eine Länge von rund 10.000 km hat. Diese Strecke war bis zum Krieg von den Sowjets so eng ausgebaut, dass sie ihnen von der Westgrenze bis Moskau ausreichende Möglichkeiten für die bewegliche strategische Verteidigung gab, während die Verbindungen zum Ural und nach Asien sich als leistungsfähig genug erwiesen, um den Nachschub und die Truppentransporte zu gewährleisten. Der Krieg brachte den sowjetischen Eisenbahnverbindungen Verluste, wie sie kein anderes Land erlitten hat. Die Sowjets verloren allein 58% ihres rollenden Materials, durch den Abbau der Gleise in Deutschland und anderen besiegten Staaten - die Verwendung des rollenden Materials war wegen der anderen Spurweite nicht so leicht möglich - halfen sich die Sowjets in der ersten Zeit beim Wiederaufbau, bis ihre eigene Verkehrsmittelindustrie wieder genügend produzieren konnte. Jetzt ist der normale Betrieb auf den alten Strecken wieder hergestellt, wozu die schnelle Ausbesserung der zerstörten Brücken über Don und Dnjepr wesentlich beitrug. Und es begann der Ausbau neuer Linien; besonders die jetzt entstehenden Industriezentren werden schnell an das Grossnetz angeschlossen. Neben dem Ural und Südkaukasus spielt Kasachstan mit seinen reichen Kohlen- und Erzvorkommen darin eine grosse Rolle. Hier hat sich die Länge der Schienenwege in den letzten 25 Jahren mehr als vervierfacht. In Westsibirien kam es den Sowjets vor allem darauf an, die alten Ost-West-Verbindungen durch Querlinien ausweichfähig zu gestalten. Darin ist auch die besondere Bedeutung der jetzt ihrer Vollendung entgegengehenden Strecke Akmolinsk-Pawlodar zu sehen. Das grösste Vorhaben des jetzigen Fünfjahresplans aber ist der Bau der südibirischen Magistrale. Die Strecke von rund 500 km durch Baschkiriens Öl- und Getreidegebiet ist bereits im Bau. Mit dem Bau der 347 km langen Linie Magnitogorsk-Stjerlitamak wird gerade begonnen.

Während die Grösse des Raumes für Landverbindungen ausgesprochen verkehrsfreundlich wirkt, ist sie für den Luftverkehr gerade

günstig. Sie ermöglicht weiträumige Luftverbindungen, die durch die Boden- und meteorologischen Verhältnisse noch erleichtert wurden. Mittelpunkt dieser, den eurasischer Erdteil umfassender Verbindungen der sowjetischen Zivilluftflotte ist Moskau, das in diesem Sommer in der Nähe von Ljubereza seinen dritten grossen Flughafen erhalten hat. Von hier nimmt einmal das westliche Netz seinen Ausgang, dessen Endpunkte Helsinki, Riga, Warschau-Berlin, Budapest, Belgrad und Bukarest-Sofia sind. Die Verbindungen nach Osten sind gekennzeichnet durch drei grosse, etwa parallel verlaufende Routen. Die nördliche beginnt in Archangelsk, mit Querverbindung nach Moskau, und verläuft dann etwa entlang des Polarkreises über Obdorsk, Igarka bis nach Anadyr am Bering-Meer. Die mittlere, wichtigste Strecke geht von Moskau über Omsk, Nowosibirsk, Irkutsk, Chabarowsk bis Wladiwostok und die südliche von Charkow, mit Querverbindung nach Moskau, über Baku, Taschkent nach Alma-Ata. Diese drei grossen Parallelen sind an allen wichtigen Verkehrsknotenpunkten durch Querlinien verbunden, so dass sie wie ein weitmaschiges Netz den asiatischen Teil der Sowjetunion überspannen. Nicht erwähnt sind hier zahlreiche kleinere Strecken, die Fracht- und Postfluglinien, sowie die Verbindungen zu den Kurorten. In ihrer Gesamtheit soll die Zahl der Fluglinien rund 500 betragen. Die Flugzeiten konnten im Sommer dieses Jahres erneut verkürzt werden. Fahrplankässig braucht man jetzt für die Strecke von Moskau nach Chabarowsk vier Tage, nach Irkutsk drei, nach Nowosibirsk zwei und bis Sswerdlowsk einen Tag. Die besten Leistungen der Nonstopflüge Moskau-Chabarowsk waren bisher 28 Stunden, fünf Minuten. Als Verkehrsmaschine wird im allgemeinen die bekannte, bequem eingerichtete IL-12 verwandt.

A.W.

Hier irrte Gallup

(Von unserem skandinavischen K.V. Korrespondenten)

Während des schwedischen Wahlkampfes wurden drei Gallupuntersuchungen über das voraussichtliche Resultat veröffentlicht. Da die früheren Untersuchungen dieser Art einigermaßen korrekt den Wahlausgang vorausgesagt hatten, war man auch diesmal der Meinung, dass die jetzigen Untersuchungen einen richtigen Fingerzeig geben würden.

Die drei Untersuchungen vom Juni, August und September dieses Jahres hatten prophezeit, dass die Sozialdemokratie auf 42% aller Stimmen zurückgehen würden. Tatsächlich erhielten sie 46,5%, das ist nur um 0,1% weniger als bei den Reichstagswahlen 1944. Diese Unterbewertung wurde durch eine Überbewertung der konservativen Stimmen ergänzt. Die Gallupuntersuchungen ahnten nichts von dem starken Rückgang dieser Partei. Die August-Untersuchung hatte zum Beispiel den Konservativen 15,2% aller Stimmen avisiert. Das war mehr als 14,9%, die diese Partei bei den Kommunalwahlen 1946 erhalten hatte. In Wirklichkeit gingen die Konservativen auf 11,9% zurück.

Einigermassen richtig wurde der Aufstieg der Volkspartei und der Rückgang der Bauernpartei und der Kommunisten signalisiert. Aber auch die Kommunisten kamen dabei noch zu günstig weg. Die drei Gallupunter-

suchungen ergaben als Gesamtbild: 1.) eine bürgerliche Mehrheit; und 2.) einen Aufstieg der liberalen Volkspartei auf Kosten der schwedischen Sozialdemokratie. Das Gegenteil trat ein. Die Sozialdemokratie behielt ihre Mehrheit über die bürgerlichen Parteien und, mandatsmässig, ging der Gewinn der Volkspartei nicht auf Kosten der Sozialdemokratie, sondern in der Hauptsache auf Kosten der Konservativen und der Bauernpartei.

Die Veröffentlichungen der drei Gallupuntersuchungen haben eine wichtige Rolle während des Wahlkampfes gespielt. Sie gaben der Volkspartei, die über den weitaus grössten Teil der Presse des Landes verfügen konnte, gewichtige Trümpfe in die Hand, so dass sie mit einem gewissen Schein des Rechtes bereits als die kommende Regierungspartei auftrat, während die schwedische Sozialdemokratie mit dem Stempel der Niederlage versuchen musste, sich durchzusetzen.

Es ist deshalb nach der Wahl die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht besser wäre, solche Untersuchungen während des Wahlkampfes nicht mehr zu publizieren. Die diesmaligen Erfahrungen zeigten, dass die Fehlresultate der Untersuchungen im Wahlkampf ausgenutzt wurden und in einem leider nicht errechenbaren Masse wahrscheinlich auch das Wahlbild beeinflussten. Man kann daraus nur die Lehre ziehen, dass allzuviel Vertrauen auf Wahlprognosen durch die Gallup-Methode schädlich sein kann.

Die Flüchtlinge als die Gebenden

sp. Nichts schmerzt die Millionen Flüchtlinge, die im Westen mehr oder weniger Unterschlupf und Hilfsbereitschaft gefunden haben, so sehr wie das Gefühl, vielfach als Almosenempfänger angesehen zu werden. Gewiss, es sind allenthalben Flüchtlingsgesetze erlassen worden, die die absolute Gleichberechtigung zwischen Einheimischen und "Neubürgern" proklamieren, aber wie so manches, steht auch dies oft genug nur auf dem Papier. Hinzu kommen auf der einen Seite die Furcht, auf der anderen die Hoffnung, die sich an den viel diskutierten Lastenausgleich knüpfen und im Widerstreit der Gefühle den Charakter des Almosens ahnen lassen. Sind tatsächlich die Flüchtlinge nur die Empfangenden? Sind sie nicht auch Gebende, wenn ... man bereit wäre, ihre Gaben auch wirklich in Empfang zu nehmen? Die Eingliederung der Flüchtlinge ist eine wirklich soziale Tat, die ein grossartiges Bekenntnis zur echten Menschlichkeit sein könnte. Es ist soviel wertvolles Menschenmaterial nach Westen geströmt, dass es ein Verhängnis wäre, diese Werte nicht nutzbar zu machen. Der Osten hat nicht nur eine starke kulturelle Vergangenheit von Kant bis Hauptmann aufzuweisen, er ist auch Träger wertvollster kultureller Impulse, die im Austausch mit dem Westen von einer ungeahnten Fruchtbarkeit sein können. Aber auch wirtschaftlich bringen die Flüchtlinge allerhand mit. Man braucht nur an die vielen hochstehenden Industrien und Handwerksbetriebe zu denken, die hier im Westen neu aufgebaut werden

konnten und die neuen wirtschaftliche Möglichkeiten nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für die Einheimischen schaffen würden. Stattdessen sind unerlässliche Fachkräfte berufsfremd irgendwo untergekreichen und müssen sich als Deklassierte täglich durchs Dasein schlagen. Verschiedene deutsche Gemeinden und Kreise haben sich diese Chance nicht ergehen lassen und sich das Hereinströmen hervorragender handwerklicher und industrieller Spezialisten nutzbar gemacht. Sie sind dabei gut gefahren. Wir denken hier an den südenländischen Musikinstrumentenbau, der sich bei Garmisch-Partenkirchen eine neue Heimstatt schuf, an die Haidaer und Steinschönpauer Glasindustrie in den Ercisen Düren, Euskirchen, im Allgäu, in der Oberpfalz usw., und an die schlesische Bekleidungsindustrie, die vornehmlich in Bayern ihren Sitz aufgeschlagen hat. Diese Liste könnte noch erweitert werden um die Gublonzer Schmuckwarenindustrie, die Alberthamer Handschuhherzeugung, die Textilindustrie von Asch, Reichenberg und Jägerndorf und sie ist mit der Aufzählung des qualitativ hochstehenden schlesischen Gewerbes noch nicht beendet. Mancherlei Ausfälle, die durch Demontagen, Rohstoffmangel, Fabrikationsschwierigkeiten und Bedarfsverlagerungen entstanden sind, könnten dadurch im Westen ausgeglichen werden. Voraussetzung ist natürlich, dass von einheimischer Seite alles getan wird, die jungen und sich kräftig entwickelnden neuen Betriebe zu fördern, die durch die Auswirkungen der Währungsreform am meisten getroffen wurden, da sie weder über Kapital, noch über die notwendigen Maschinen, und schliesslich langjährigen Beziehungen und so beliebten Hortungslager verfügen. Wie stark der Wunsch der Ostdeutschen ist, an der Schaffung neuer Zentren mitzuwirken und einen nutzbringenden Erfahrungs- und Produktionsaustausch herbeizuführen, zeigt, dass die Vertretung ostdeutscher Betriebe (einer Art Handwerks- und Handelskammer) bereits viertausend Mitglieder aufweist. Die zehn sozialdemokratischen Grundsätze zum Lastenausgleich fordern die Bereitstellung von Mitteln für die Schaffung selbständiger Existenzen: hier muss die Arbeit einsetzen, um der leidigen Almosensatmosphäre zu entkommen und die Flüchtlinge nicht nur als die Nehmenden, sondern auch als Geberde in den Wirtschaftsprozess einzugliedern. (b/B140/410/2/ce)

----- Immer weniger Entlassungen von Kriegsgefangenen -----

sp. Wie der Kriegsgefangenenhilfe der SPD vom Durchgangslager Friedland/Leine mitgeteilt wurde, hat im Monat September 1948 die Entlassung der Kriegsgefangenen aus Russland in diesem Jahr seinen tiefsten Stand erreicht. Insgesamt wurden 4.530 Entlassungen in die britische Zone vorgenommen. Sie betrafen 4.397 ehemalige Wehrmachtangehörige, 19 verschleppte Männer und 114 verschleppte Frauen. 1.027, das sind rund 23% der Heimkehrer mussten sofort in Krankenhäuser eingeliefert werden. Über Münsterlager wurden für die britische Zone in der Zeit vom 6. bis 25.9.48 folgende Kriegsgefangene entlassen: aus Ägypten (engl. Kriegsgefangenschaft) 6.531 Mann, aus Frankreich 3.088, Tschechoslowakei 637, Russland 609. (m/B1/610/2/he)

Sie haben etwas zu verbergen

sp. Russlandheimkehrer bezweifelten der Kriegsgefangenenhilfe der SPD übereinstimmend, dass ihnen das Mitnehmen von schriftlichen Aufzeichnungen nach Deutschland verboten ist. Nach der Reise in die Heimat beginnt, werden alle Heimkehrer einer Leibesvisitation unterzogen. Die Landsrer haben dafür einen treffenden Ausdruck geprägt: sie werden "gefälscht". Finden die Russen irgendein beschriebenes Stück Papier, sei es ein Pass eines Zurückbleibenden an seine Angehörigen oder ein Zettel mit Namen von verstorbenen Kameraden, deren Angehörige ja von dem Todesfall nicht verständigt worden sind, dann wird meist der betreffende Kriegsgefangene von der Entlassung zurückgestellt. Offenbar will man dadurch verhindern, dass durch eine systematische Sammlung solcher Todesfälle eine auch nur annähernde Übersicht über die Zahl der Todesfälle in russischen Kriegsgefangenenlagern zustandekommt. (m/Bl/410/2/he)

"Die Prenzberger Mordnacht"

nennt sich eine Broschüre, zusammengestellt nach Prozessberichten des "Hochland-Boten" und kommentiert von Georg Lorenz, gedruckt im Hochland-Verlag, Garmisch-Partenkirchen. Am Anfang dieser Broschüre stehen 15 Ermordete, darunter zwei Frauen; Antifaschisten, die am 28. April 1945, zwei Tage vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen einem letzten Aufbäumen des nationalsozialistischen Wahnsinns zum Opfer fielen. Am Ende stehen zwei Todesurteile, sieben Urteile auf Freiheitsstrafen und sieben Freisprüche. Dazwischen liegt eine erschütternde Tragödie, gemischt aus ungewolltem Heldentum, gewollter Unmenschlichkeit und menschlicher Unzulänglichkeit. Es ist ein Dokument unserer Zeit, eine furchtbare Anklage gegen ein entmenschetes System, ob seines Inhalts und seiner Sachlichkeit wert, all denen in die Hand gedrückt zu werden, die die apokalyptischen Tage des Kriegsausganges nicht mitgemacht haben oder allzu rasch vergessen wollen. (sp)

Leitfaden für Verfassungsfragen

sp. In Vorträgen an den Universitäten Freiburg i.Br. und Mainz als Gast des "Südwestdeutschen Kulturringes" hat der New Yorker Korrespondent des Schweizer "Bundes", Dr. Hans Steinitz, eine Übersicht über die Verfassungen und Regierungsformen der wichtigsten ausländischen Staaten gegeben. Die Vorträge sind in einer Büchlein zusammengefasst, das den Titel "Regierungs- und Verfassungsformen des Auslandes" trägt und vom "Südwestdeutschen Kulturring", Baden-Baden, herausgegeben worden ist. Die schwierige staatsrechtliche Materie ist in eine flüssige, allgemein leicht fassliche Form gegossen und bildet einen praktischen Leitfaden für jeden, der an den gegenwärtigen Arbeiten des Parlamentarischen Rates direkt oder indirekt interessiert ist.

Verantwortlich: Ester Reanu